



Versammlungsfreiheit
Freiheit Hetze Demokratie
Vielfalt Ausgrenzung
Vorurteile Meinungsfreiheit
Religionsfreiheit Terrorismus
Rassismus Menschenwürde
Toleranz Extremismus
Gleichberechtigung

Handout zum Verfassungsschutzbericht
des Landes Nordrhein-Westfalen
über das Jahr 2022

Impressum

Herausgeber

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 871-01
Telefax: 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211 871-2821
Telefax: 0211 871-2980
kontakt.verfassungsschutz@im1.nrw.de
www.im.nrw/verfassungsschutz

Bestellservice

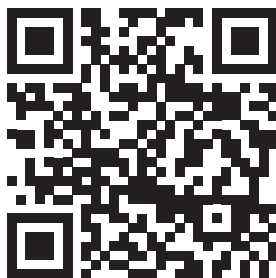
info.verfassungsschutz@im1.nrw.de
www.im.nrw/publikationen

Stand: April 2023

Dieses Handout ergänzt den Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2022. Es bündelt in Kürze die Erkenntnisse zu den einzelnen Phänomenbereichen.



Pressekonferenz am 13. April 2023



Scannen Sie den QR-Code, um direkt zur kostenfreien digitalen Version des Verfassungsschutzberichts des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2022 zu gelangen.

Entwicklungen im Jahr 2022

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

- ▶ In Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2022 insgesamt 8.948 politisch motivierte Straftaten bekannt (2021: 6.399). Damit ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 2.548 Delikte beziehungsweise um 39,8 Prozent zu verzeichnen.
- ▶ Die Aufklärungsquote im Bereich der PMK für das Jahr 2022 sank auf 31,0 Prozent (2021: 36,3 Prozent). Es wurden mit 2.775 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr 454 Delikte mehr aufgeklärt (2021: 2.321).

Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität

- ▶ Die Zahl der bekannt gewordenen Gewaltdelikte mit politischer Motivation ist in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Jahr 2021 gestiegen. Es wurden insgesamt 396 Gewaltdelikte bekannt, das entspricht einer Steigerung um 9,1 Prozent (2021: 363).
- ▶ 260 Gewaltdelikte konnten polizeilich geklärt werden (2021: 212). Die Aufklärungsquote liegt mit 65,7 Prozent höher als im Vorjahr (2021: 58,4 Prozent).

Rechtsextremismus

- ▶ Hinsichtlich des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist sich die rechtsextremistische Szene einig, dass die USA und NATO dafür verantwortlich sind und die aus den Sanktionen gegen Russland resultierenden Folgen wie der Anstieg der Energiepreise und der Inflation als Protestthemen instrumentalisiert werden sollen, um das politische System zu diskreditieren.
- ▶ In den vergangenen Jahren relevante Organisationen, wie Die Rechte und die Bruderschaft Deutschland, haben an Bedeutung verloren, ohne dass deren Mitglieder sich vom Rechtsextremismus distanziert hätten. Organisatorisch geht die Entwicklung in Richtung eines anlassbezogen mobilisierbaren Netzwerkes.

- Das Zusammenwirken von Rechtsextremisten, Reichsbürgern und Delegitimierern in terroristischen Gruppierungen zeigt, dass sich Teile der verschiedenen extremistischen Szenen im Widerstand sehen und deshalb schwere Gewalttaten als notwendig und gerechtfertigt erachten.

Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

- Die Delegitimierer greifen statt der Corona-Pandemie neue Themen wie steigende Energiepreise, Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland auf und stellen die demokratisch gewählten politischen Repräsentanten als Feindbild dar.

Linksextremismus

- Linksextremisten versuchten, ihre pandemiebedingten internen Kommunikations- und Mobilisierungsprobleme zu beheben und mit Entgrenzungsstrategien insbesondere in den Themenfeldern Klimaschutz und Antifaschismus linksextremistische Positionen in das demokratische Spektrum zu transportieren.

Auslandsbezogener Extremismus

- Im säkularen auslandsbezogenen Extremismus hatten die politischen Entwicklungen in der Türkei Auswirkungen auf die Aktivitäten dieser Gruppierungen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen. Insbesondere beim Aktionsverhalten der PKK haben die aktuellen Entwicklungen in der Türkei und auch die Kampfhandlungen in den kurdischen Siedlungsgebieten in Nordsyrien und im Nordirak zu einem Anstieg demonstrativer Aktivitäten geführt.

Islamismus

- Die extremistisch-salafistische Szene hat sich trotz der Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie und den Verdrängungseffekten durch Verbotsmaßnahmen angepasst und ihre Aktivitäten weiter verstärkt: Der extremistische Salafismus bleibt eine langfristige Herausforderung für die Sicherheitsbehörden und die Gesellschaft.

- ▶ Die jihadistische Szene ist nach wie vor virulent: die Verbreitung jihadistischer Propaganda und Ideologie bietet weiterhin einen Nährboden für terroristische Gewalt, so dass die Gefahr terroristischer Anschläge von islamistisch motivierten Extremisten in Deutschland weiterhin als sehr hoch einzuschätzen ist.
- ▶ Mit dem Verbot des „Islamischen Kulturvereins Nuralislam“ in Dortmund wurde das konsequente Vorgehen gegen die jihadistische Szene im Land intensiviert.
- ▶ Das Verbot des Hizb Allah-nahen Imam Mahdi-Zentrums (IMZ) in Münster stellt eine erhebliche Beeinträchtigung für die Sympathisanten der Organisation in NRW dar und hatte mit dem zeitgleich erfolgten Verbot eines Vereins in Bremen eine bundesweite Signalwirkung für den schiitischen Islamismus.

Spionageabwehr, Cyberabwehr und Wirtschaftsschutz

- ▶ Die mit dem Angriffskrieg Russlands einhergehende Eskalation setzt die russischen Nachrichtendienste unter erheblichen Informationsbeschaffungsdruck. Für Deutschland und NRW erhöht dies das Risiko für Cyberangriffe, Sabotageakte sowie staatsterroristische Aktivitäten und es lässt sich bereits jetzt eine Ausweitung russischer Desinformations- und Propagandakampagnen erkennen.
- ▶ Im Bereich der Proliferation führen die gegen Russland verhängten Sanktionen zu verdeckten, nachrichtendienstlich gesteuerten Umgehungs- und Einkaufsbemühungen. Der Iran versucht ebenfalls weiterhin, Technologie für seine Programme zu beschaffen.
- ▶ Diverse weitere Staaten versuchen auch über Operationen im Cyberraum in Nordrhein-Westfalen Zugang zu behördlichen und politischen Institutionen zu gewinnen, relevante Entscheidungsakteure zu kontaktieren, zu vereinnahmen und zu beeinflussen, auszuspionieren oder gar nachrichtendienstlich anzubahnen.
- ▶ Die Cyberabwehr des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes unterstützt Organisationen und Einrichtungen im Bereich der Kritischen Infrastruktur, staatlich gesteuerte Cyberangriffe zu erkennen.
- ▶ Der Wirtschaftsschutz konzentriert sich bei seinen Informations- und Sensibilisierungsangeboten auf die Kritische Infrastruktur (KRITIS) sowie systemrelevante Unternehmen und Einrichtungen.

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

- ▶ Die Themen Entgrenzung des Extremismus und Ülkücü-Bewegung/Graue Wölfe standen 2022 im Blickpunkt von Fachtagungen, die der NRW-Verfassungsschutz gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung ausgerichtet hat.
- ▶ Der präventiven Arbeit mit Zielgruppen, die sich im Rechtsextremismus radikalisieren, aber noch nicht fest in dieser Szene verankert sind, ging das VIR-Projekt in einem bundesweiten Fachworkshop nach. Er führte Wissenschaft und Praxis zusammen.
- ▶ Das Präventionsprogramm „Wegweiser – Gemeinsam gegen Islamismus“ mit seinen passgenauen Workshop-Angeboten wurde mit Auslaufen der Pandemie insbesondere von Schulen noch verstärkter nachgefragt.
- ▶ Das Aussteigerprogramm Islamismus (API) durchlief 2022 eine wissenschaftliche Evaluation. Auch die Programme Spurwechsel (Rechtsextremismus) und Left (Linksextremismus/auslandsbezogener Extremismus) haben weiterhin ausstiegswillige Menschen erfolgreich bei der Distanzierung von extremistischen Szenen begleitet.
- ▶ Der Rückkehrkoordinierende (RKK) hat sich als wichtiger Akteur in NRW etabliert. RKK unterstützte 2022 vor allem die Deradikalisierungsarbeit und die (Re-)Integration der Rückgekehrten in die Gesellschaft.

Rechtsextremismus

Zusammenschluss von der Partei Die Rechte mit der NPD

- ▶ Teile von Die Rechte, insbesondere der vormalige Dortmunder Kreisverband, haben sich Anfang Januar 2023 der NPD angeschlossen.
- ▶ Der Name lautet nun „Heimat Dortmund“ als Dortmunder NPD-Kreisverband.
- ▶ Dieser Zusammenschluss bedeutet keinen Wandel der Inhalte oder Aktivitäten, sondern nur der Organisationszugehörigkeit.
- ▶ Beim Landesverband von Die Rechte und dem Kreisverband Dortmund nahm in den vergangenen Jahren die Zahl der Führungskräfte aufgrund von Rückzug und Wegzug deutlich ab. Der Partei mangelt es in Nordrhein-Westfalen an Mitgliedern, die an Parteiarbeit Interesse haben.
- ▶ So verpasste der Landesverband im Jahr 2022 wegen Formfehlern die Teilnahme an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen.
- ▶ Zugleich ist den meisten Mitgliedern bewusst, dass das Parteienprivileg staatliche Verbotsmaßnahmen erschwert. Insofern dient der Wechsel zur NPD dazu, den mit dem Parteienstatus zusammenhängenden Schutz nicht zu verlieren.
- ▶ Die NPD erhofft sich von dem Zuwachs eine Stärkung des Landesverbandes und auch eine größere Bedeutung im Bundesverband.

Reichsbürger

- ▶ Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz bewertet die Reichsbürger und Selbstverwalter weiterhin als Bestrebung mit erheblichem Gefahrenpotenzial, da nicht auszuschließen ist, dass sich Aktionismus und Aggression in der Reichsbürger-Szene weiter verstärken und es zu Radikalisierungseffekten kommt.

- ▶ Teile der rechtsextremistischen Szene und der Reichsbürgerszene sehen sich im Widerstand und erachten deshalb schwere Gewalttaten als notwendig und gerechtfertigt.
- ▶ Wie andere Extremisten, haben auch die Reichsbürger es geschafft, das Internet und soziale Medien für sich zu nutzen, etwa Telegram.
- ▶ In den sozialen Netzwerken versuchen sie neue Anhänger für die eigene Ideologie zu gewinnen und zu rekrutieren, was ihnen teilweise aufgrund simpler Erklärungsmuster zu gelingen scheint.
- ▶ Reichsbürger nahmen auch an Anti-Corona-Demonstrationen teil, weil sie durch die dort verbreiteten Verschwörungsmythen angezogen werden und hoffen, auch ihre eigene Ideologie zu verbreiten.
- ▶ Ebenso greifen etliche Reichsbürger rechtsextremistische Feindbilder auf, wie beispielsweise Juden, Muslime, Flüchtlinge, Demokratie und Repräsentanten des Staates sowie Politikerinnen und Politiker.
- ▶ Reichsbürger und Selbstverwalter fallen darüber hinaus strafrechtlich von passiven Widerstandshandlungen bis hin zu Körperverletzungsdelikten auf.

Ausreisen Ukraine

- ▶ Nach Erkenntnissen des NRW-Verfassungsschutzes gibt es derzeit einen Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen, der in die Ukraine ausreiste und sich an Kampfhandlungen beteiligte.
- ▶ Nach bisherigem Erkenntnisstand befindet sich die Person aktuell in der Ukraine.
- ▶ Weiterhin gibt es nach jetzigem Stand eine niedrige einstellige Zahl an Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen, die seit Kriegsbeginn in die Ukraine reisten, um Hilfslieferungen zu transportieren oder Berichte in sozialen Medien zu veröffentlichen.
- ▶ Bislang ist kein Fall bekannt, dass Rechtsextremisten aus NRW auf Seiten Russlands kämpfen.

Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates

„Corona-Protestler-Szene“

- ▶ Der NRW-Verfassungsschutz hat die „Corona-Protestler-Szene“ sehr früh intensiv in den Blick genommen und davor gewarnt, dass jederzeit ein anderes Vehikel für Proteste genutzt werden kann.
- ▶ Der Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ befindet sich im stetigen Wandel.
- ▶ Aus der „Corona-Protestler-Szene“ haben sich „Demokratiefeinde“ entwickelt, denen es um die Delegitimierung des Staates geht.
- ▶ Statt der Pandemie werden seit Sommer 2022 neue Themen wie steigende Energiepreise, Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland aufgegriffen. Dabei werden insbesondere anti-amerikanische Narrative verbreitet.
- ▶ Zum Teil macht sich die Szene zum Sprachrohr der russischen Regierung.
- ▶ Insgesamt sinkt allerdings die Anschlussfähigkeit, zugleich nimmt die Radikalisierung zu. Dies zeigt sich im gesprochenen Wort bei Versammlungen oder im geschriebenen Wort in den betreffenden Telegram-Kanälen.
- ▶ Ebenso nimmt die offenkundige Duldung und sogar Beteiligung von Rechtsextremisten und Reichsbürgern zu, obschon sich die Szene von Ort zu Ort unterscheidet.

Linksextremismus

Radikalisierung der Klimabewegung

- ▶ Der NRW-Verfassungsschutz sieht derzeit mehrere linksextremistisch beeinflusste Bündnisse im Bereich der Klimaschutzbewegung.
- ▶ Hier gilt es, die Lage genau im Blick zu behalten, um auf einen möglichen steuernden Einfluss durch Extremisten frühzeitig reagieren zu können.

- ▶ Beispiel Lützerath:
- ▶ Linksextremisten ist es im Zusammenhang mit der Räumung von Lützerath in Teilen gelungen, zivil-demokratische Bündnisse für sich zu vereinnahmen.
- ▶ So gelang es ihnen aus dem Schutz einer größeren Menschenmenge heraus, teils schwere Gewaltstraftaten gegen Polizisten und Sicherheitskräfte zu begehen.
- ▶ Mit dieser Strategie der Entgrenzung werden Bürgerinnen und Bürger, die ein berechtigtes Anliegen wie den Klimaschutz haben, durch linksextremistische Gewaltstraftäter instrumentalisiert.
- ▶ In Lützerath ist es einem Teil der in Mehrheit tatsächlich um das Klima besorgten bürgerlichen Mitte nicht gelungen, sich von gewaltbereiten Linksextremisten zu distanzieren, denen es vor allem um die aggressive Verwirklichung ihrer extremistischen Agenda geht.
- ▶ Dies zeigt sich etwa darin, dass bei den zivildemokratischen Protesten das in der linksextremistischen Szene verwendete Narrativ der Polizeigewalt übernommen wurde.
- ▶ Auch im Nachhinein haben sich sowohl die linksextremistische Szene, als auch Teile zivildemokratischer Bündnisse, davon nicht distanziert.

Islamismus

Einschätzung extremistisch-salafistische Szene

- ▶ Für Entwarnung gibt es keinen Grund. Es geht noch immer eine sehr große Gefahr für terroristische Anschläge in Deutschland von islamistisch motivierten Extremisten aus.
- ▶ Dies zeigen die Festnahme im Fall von Castrop-Rauxel Anfang Januar dieses Jahres, die Festnahme eines mutmaßlichen Bombenbauers in Hamburg Ende August 2021 und der frühzeitig vereitelte Anschlag auf eine Synagoge in Hagen Mitte September 2021.
- ▶ Obgleich der sogenannte IS in Syrien und dem Irak territorial zurückgedrängt wurde, besteht die jihadistische Ideologie fort und wird weiterhin verbreitet.

- ▶ Es gibt weiterhin ein radikalisiertes Personenpotenzial innerhalb der extremistisch-salafistischen Szene in Deutschland, das sich u.a. aus Rückkehrenden, lokalen gewaltorientierten Szenen und Einzelpersonen zusammensetzt.
- ▶ Die extremistisch-salafistische und islamistische Ideologie ist damit nach wie vor ein Nährboden für terroristische Gewalt. Deshalb ist der extremistische Salafismus eine langfristige Herausforderung für die Sicherheitsbehörden und die Gesellschaft.
- ▶ Polizei und Verfassungsschutz werden die Entwicklung der extremistisch-salafistischen Szene in Nordrhein-Westfalen weiter intensiv im Blick halten. Dabei setzen die Behörden verstärkt auf die Aufklärung im Internet und den sozialen Medien.

Spendensammlungen durch Extremisten

- ▶ Die Hilfe für Erdbebenopfer in der Türkei und die Unterstützung der betroffenen Regionen ist ein bedeutendes Thema in der gesamten islamistischen Szene und im auslandsbezogenen Extremismus.
- ▶ Fast alle Gruppierungen und Organisationen verfügen zudem über ihnen nahestehende Hilfsorganisationen, die als vorrangiges Ziel für Spenden genannt werden.
- ▶ Dies trifft neben der salafistischen Szene auch auf die Muslimbruderschaft, die HAMAS, die Millî-Görüş -Bewegung, den Kalifatsstaat, die Türkische Hizbullah und sogar auf den schiitischen Islamismus, aber auch die Vereine der Ülkücü-Bewegung oder die PKK zu.
- ▶ Diese angeblichen Unterstützungsleistungen werden genutzt, um sich über soziale Medien beim Arbeitsinsatz selbst darzustellen und auf das angebliche Versagen der offiziellen Hilfskräfte und des Staates hinzuweisen.
- ▶ Dabei muss bezweifelt werden, dass durch alle diese Personen tatsächlich konkrete Hilfe geleistet wird. Im Vordergrund steht mutmaßlich auch die Absicht, kurzfristige Aufmerksamkeit vor Ort und in den sozialen Medien zu erzielen.

Wirtschaftsschutz

- ▶ NRW beteiligt sich intensiv an der seit knapp einem Jahr eingesetzten Bund-Länder-Plattform zur Entwicklung einer Strategie gegen hybride Bedrohungen und leitet die Unterarbeitsgruppe Wirtschaft.
- ▶ Der Wirtschaftsschutz verstärkt weiter den Kontakt zu Unternehmen, die in Bezug auf den Ukraine-Krieg und dessen Folgen sowie für den Bereich der Kritischen Infrastrukturen eine besondere Relevanz haben. Dabei sucht er den direkten und vertrauensvollen Austausch mit den Betreibern der Kritischen Infrastruktur in NRW. Hierzu finden sowohl einzelne Besprechungen in den Unternehmen, als auch sektorübergreifende Veranstaltungen statt.
- ▶ Bei fünf regionalen Veranstaltungen hat der Verfassungsschutz Anfang 2023 alle Kommunen in NRW zur Bedeutung von und zum Umgang mit lokalen Krisen- und Notfallplänen sensibilisiert.
- ▶ Er konzentriert sich zudem auf den Ausbau der Beratung von Unternehmen der geheimschutzbetreuten Wirtschaft, um damit mittelbar den Schutz der öffentlichen Auftraggeber und ihrer zu schützenden Informationen auf einem hohen Niveau zu halten.
- ▶ Der Wirtschaftsschutz verfolgt intensiv Themenfelder, aus denen sich neue Bedrohungen für die Unternehmen in NRW ergeben können (zum Beispiel Künstliche Intelligenz, Drohnen, textgenerierende Bots, aktuelle Anforderungen an den physischen Schutz), und berücksichtigt diese bei seinen Sensibilisierungsvorträgen und Beratungen.

Bedrohung durch Cyberangriffe in Nordrhein-Westfalen

Wie groß ist die Bedrohung durch Cyberangriffe in NRW?

- Es besteht die Gefahr, dass Cyberangriffe in der Ukraine zu Kollateralschäden in westlichen Staaten führen können, damit auch in der Bundesrepublik Deutschland und in Nordrhein-Westfalen. Dies gilt insbesondere für weltweit verbundene Firmennetzwerke mit Standorten in der Ukraine.
- Cyberangriffe können sich bei einer weiteren Eskalation des Konfliktes auch unmittelbar gegen westliche Staaten richten. Je nach Schwere und Art der Angriffe könnten diese Kritische Infrastrukturen in Deutschland einschränken.

Gab es Cyberangriffe in NRW?

- Bisher konnte in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen kein Cyberangriff festgestellt werden, der als kriegerische Handlung gewertet werden könnte.
- Dies wären etwa Cyberangriffe mit dem Ziel der Sabotage, wie beispielsweise ein Angriff auf Systeme der Flugsicherung, der dann zu Flugzeugzusammenstößen und Abstürzen führen könnte.
- Im Kontext des Ukraine-Krieges kam es allerdings in Nordrhein-Westfalen zu einer erhöhten Anzahl von sogenannten Distributed Denial of Service (DDoS)-Angriffen. Diese haben jedoch in der Regel keine lang anhaltenden Schäden verursacht.

Wie können wir uns gegen Cyberangriffe schützen?

- Der NRW-Verfassungsschutz informiert und sensibilisiert zu Cyberangriffen. Bei Hinweisen auf gezielte Angriffe staatlich gesteuerter Hackergruppierungen sensibilisiert die Cyberabwehr mögliche Opfer direkt.
- Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) informiert regelmäßig über Bedrohungen der IT-Sicherheit.

Welche Arten von Desinformation gibt es?

- Desinformation zielt oftmals auf die gesamte Breite der Bevölkerung ab. So sollen gesamtgesellschaftliche Stimmungen und Haltungen erzeugt oder beeinflusst werden, die im Interesse der fremden Macht stehen.

- ▶ Desinformation richtet sich oftmals aber auch konkret an spezifische Gruppen, beispielsweise Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft beziehungsweise die jeweilige Auslandsdiaspora der fremden Macht und deren spezifische Themen. Diese kann erfolgen, um die Diaspora im Ausland für eigene Interessen einsetzen zu können, um sie weiter an die fremde Macht zu binden oder auch, um sie zu mobilisieren, sofern sie weiterhin wahlberechtigt für ihr Herkunftsland ist.

Wie läuft Desinformation ab?

- ▶ Es wird regelmäßig versucht, die größtmögliche Breitenwirkung zu erzielen. Dabei werden sowohl eigene Fernsehsender, Websites, teils in diversen Landessprachen, als auch oft mehrere zugehörige Social Media-Accounts, Telegram-Kanäle, etc. genutzt.
- ▶ Hinsichtlich der Bezüge zur fremden Macht finden sich sowohl offizielle staatliche, staatsnahe oder auch scheinbar unabhängige Akteure. Grundsätzlich eignet sich dabei jeder Kanal, der die eigene Reichweite vergrößert.

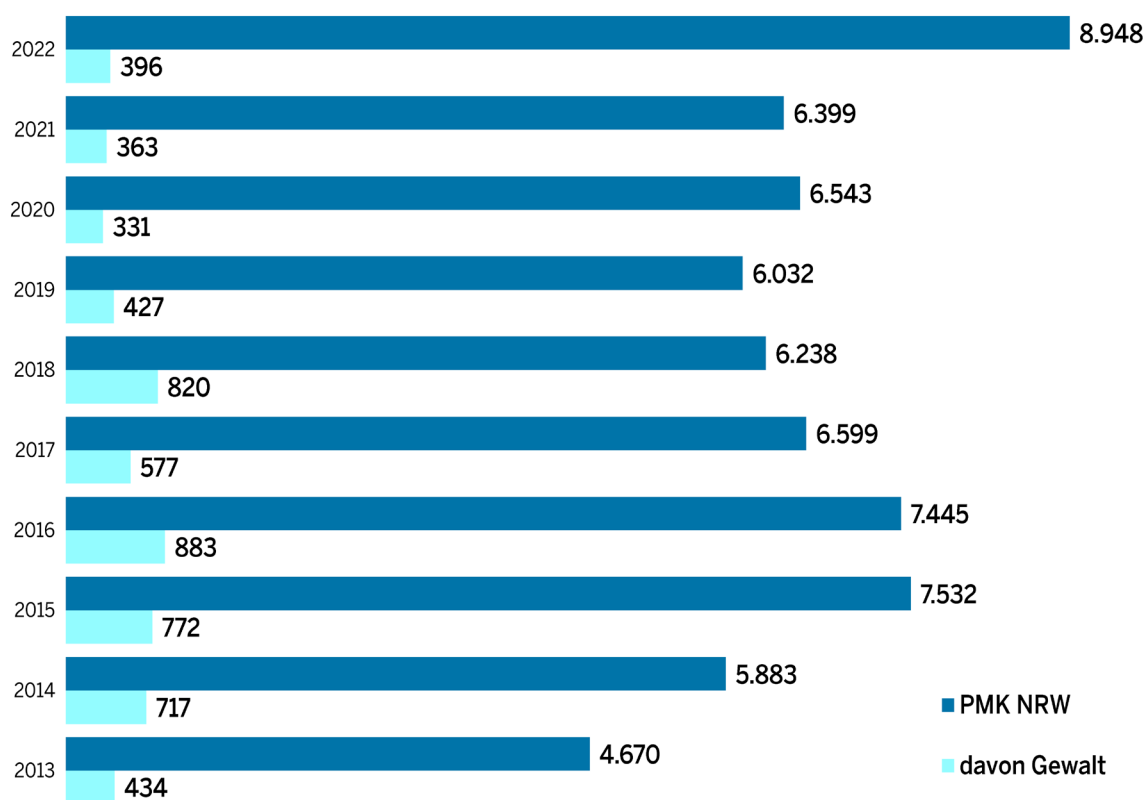
Wie groß ist die Bedrohung für die Kritische Infrastruktur in NRW derzeit?

- ▶ Zur Sicherstellung der Funktionstüchtigkeit Kritischer Infrastrukturen bestehen in Deutschland besondere Auflagen.
- ▶ Nach dem BSI-Gesetz müssen bestimmte Betreiber Kritischer Infrastrukturen IT-Sicherheit nach dem „Stand der Technik“ umsetzen und deren Einhaltung regelmäßig gegenüber dem BSI nachweisen. Insofern wird durch das BSI ein Schutzniveau sichergestellt.
- ▶ Darüber hinaus sensibilisiert der Wirtschaftsschutz des NRW-Verfassungsschutzes Unternehmen für die Gefahren, die durch ausländische Nachrichtendienste drohen.

Was geschieht zum Schutz Kritischer Infrastrukturen?

- ▶ Der NRW-Verfassungsschutz sensibilisiert in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle Cybersicherheit des nordrhein-westfälischen Innenministeriums relevante Stellen in Hinblick auf die IT-Infrastruktur.
- ▶ Das BSI informiert bestimmte Betreiber Kritischer Infrastrukturen regelmäßig über Bedrohungen der IT-Sicherheit.

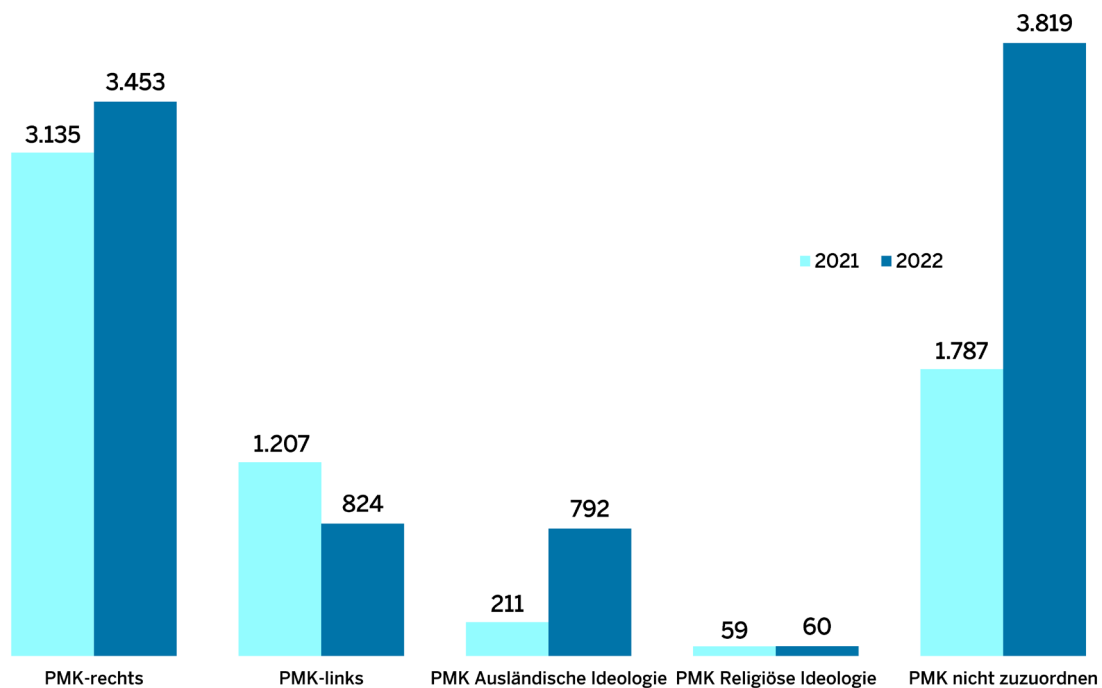
Gesamtentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)



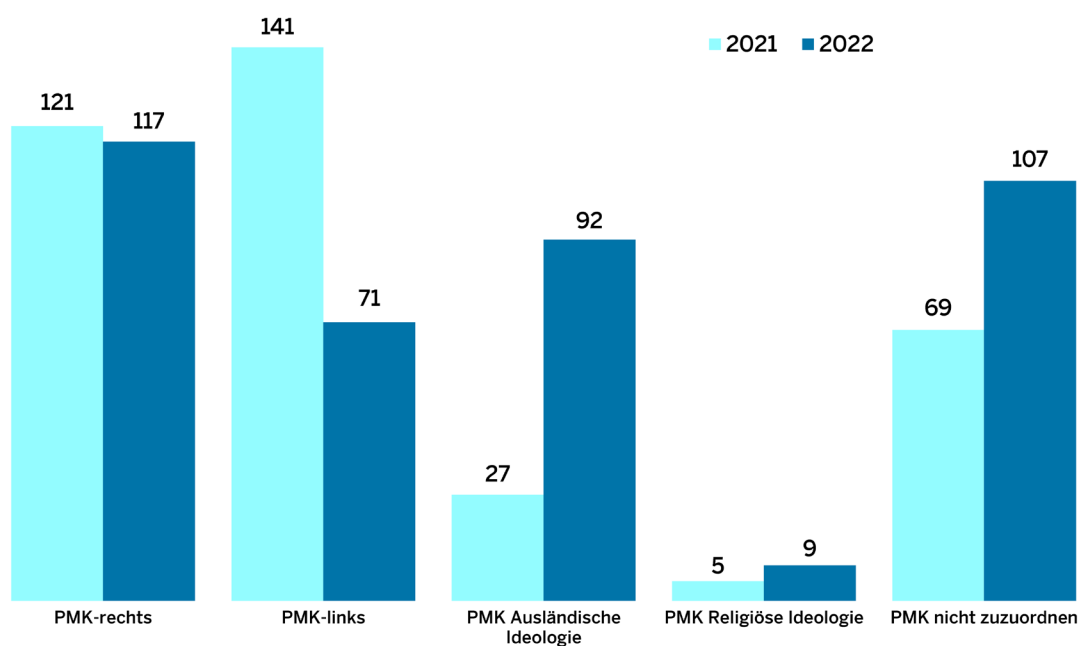
Gesamtentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität in NRW im 10-Jahres-Vergleich

Deliktgruppen	PMK-rechts		PMK-links		PMK -ausländische Ideologie		PMK -religiöse Ideologie		PMK -nicht zuzuordnen	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021
Tötungsdelikte	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Brand- und Sprengstoffdelikte	2	1	13	9	3	0	0	0	5	5
Landfriedensbruchdelikte	0	0	6	23	10	0	0	0	2	1
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft-, und Straßenverkehr	0	1	8	9	1	0	0	0	6	8
Körperverletzungsdelikte	107	104	28	56	35	16	8	3	65	27
Widerstandshandlungen	4	13	14	40	42	11	1	0	27	25
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	4	2	2	4	1	0	0	1	2	3
Sexualdelikte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	117	121	71	141	92	27	9	5	107	69
Bedrohungen, Nötigungen	82	71	24	31	57	17	9	7	65	70
Sachbeschädigungen	115	179	371	583	209	50	4	3	499	730
Propagandadelikte	2.087	1.778	9	14	20	3	4	3	276	196
Volksverhetzungen	513	551	2	5	29	40	4	2	98	57
Störungen des öffentlichen Friedens	65	10	0	9	15	2	2	2	34	15
Beleidigungen	380	326	92	132	45	24	3	6	251	192
Verstöße gegen das VereinsG	2	0	2	0	50	10	8	2	2	0
Verstöße gegen das VersG	24	38	131	160	28	14	0	0	2.130	287
Sonstige Straftaten	68	61	122	132	247	24	17	29	357	171
Gesamt	3.453	3.135	824	1.207	792	211	60	59	3.819	1.787

Straf- und Gewalttaten der PMK-Phänomenbereiche nach Deliktgruppen

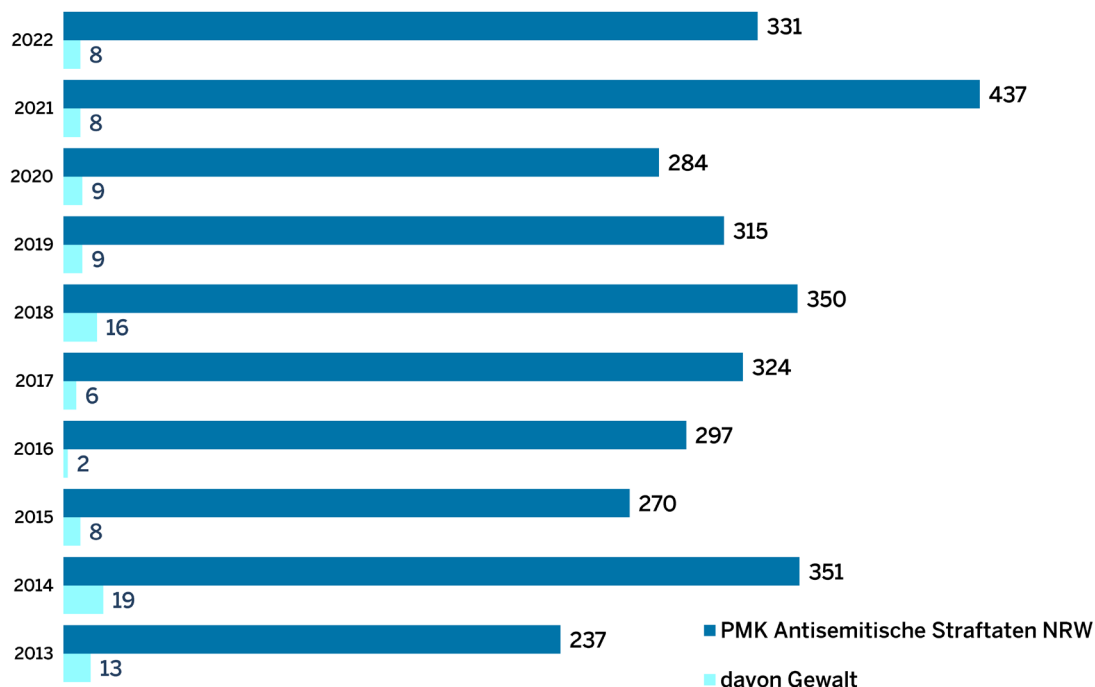


Politisch motivierte Kriminalität in NRW nach PMK-Phänomenbereichen

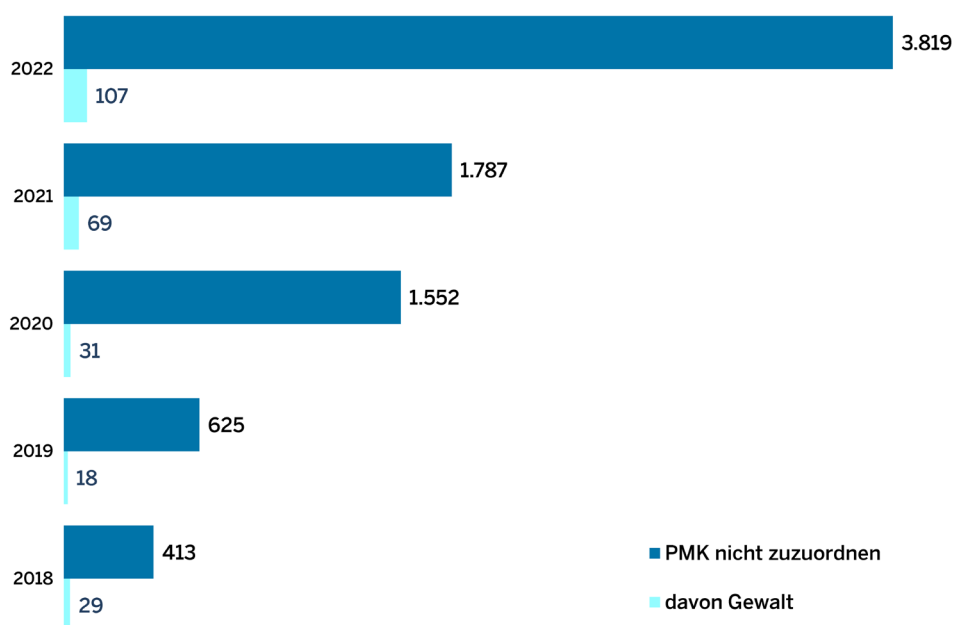


Gewaltkriminalität in NRW nach PMK-Phänomenbereichen

Antisemitismus und PMK-nicht zuzuordnen

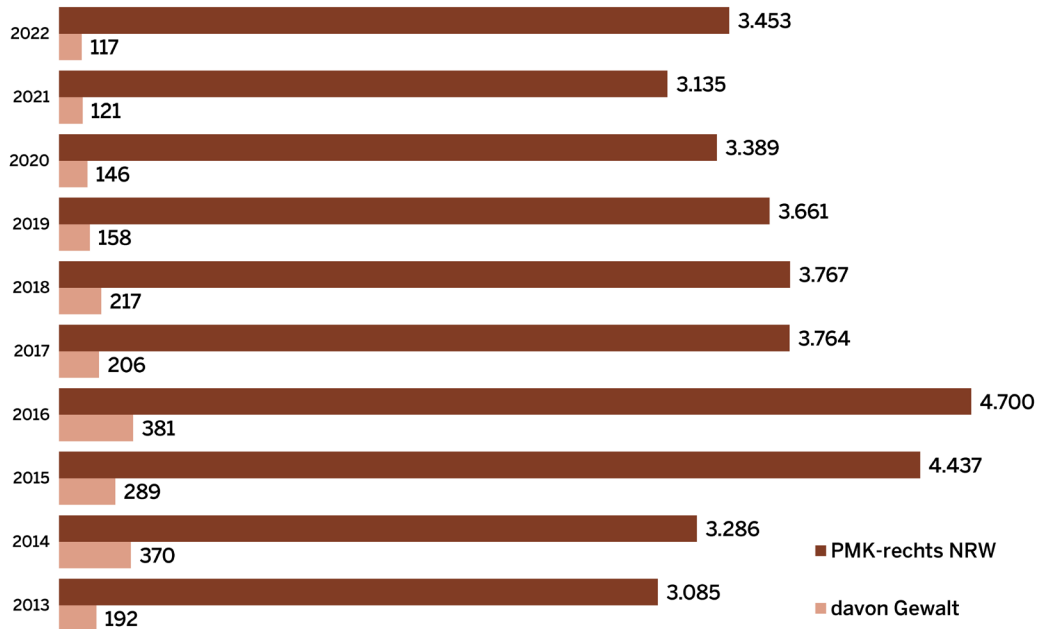


Antisemitische Straf- und Gewalttaten in NRW im 10-Jahres-Vergleich

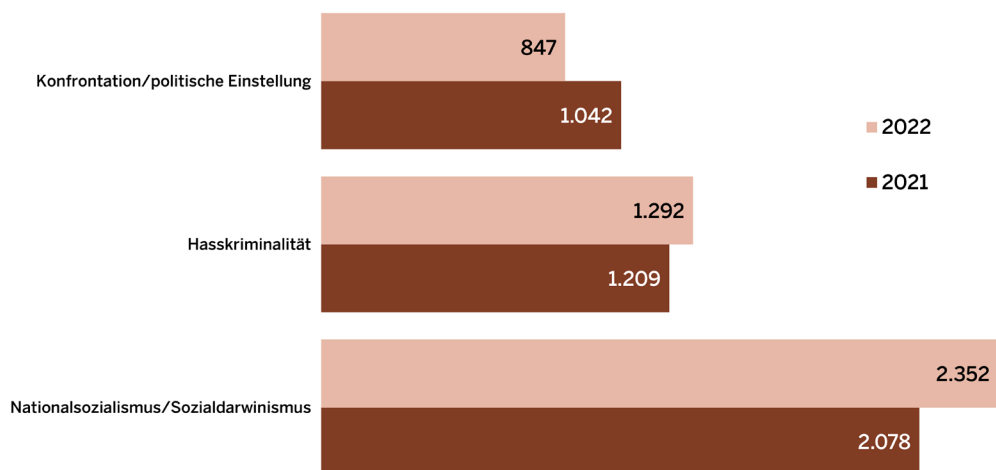


PMK-nicht zuzuordnen und PMK-nicht zuzuordnen-Gewalt in NRW im 5-Jahres-Vergleich

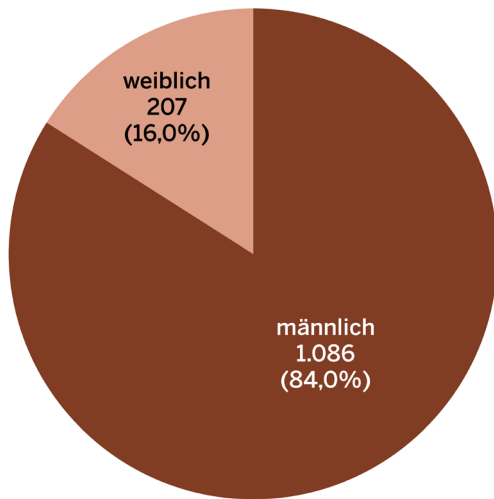
Rechtsextremismus



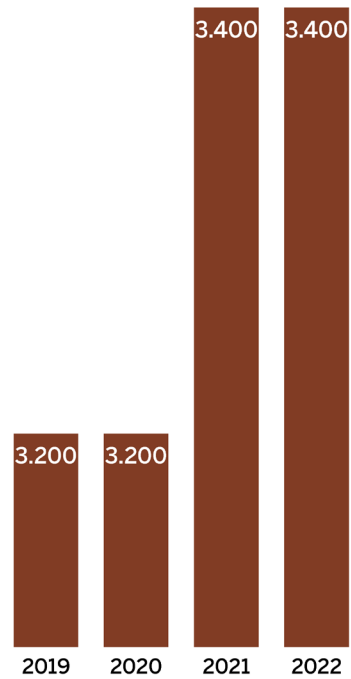
PMK-rechts und PMK-rechts-Gewalt NRW im 10-Jahres-Vergleich



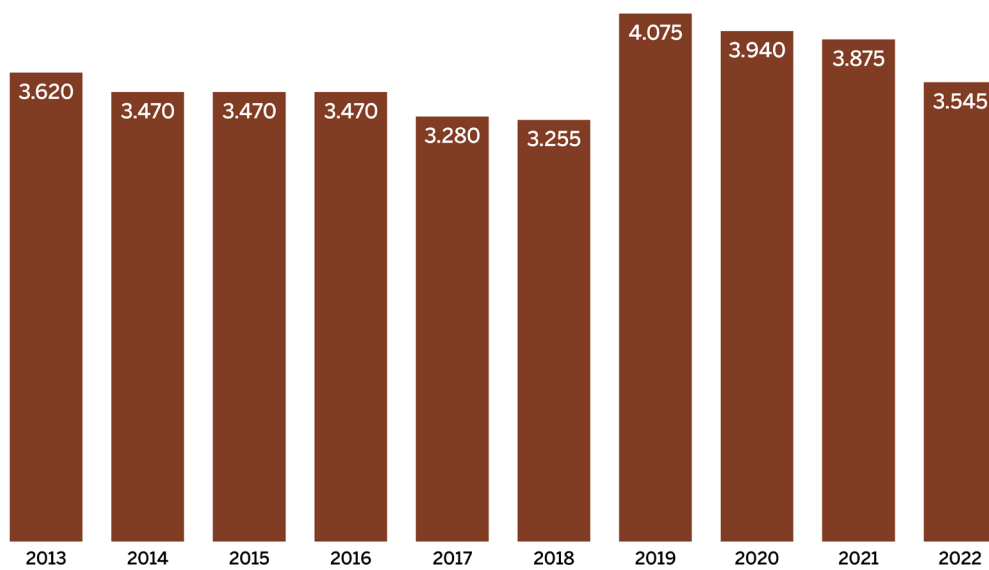
Themenfelder der PMK-rechts (Mehrfachnennungen bei den Oberthemen sind möglich)



Tatverdächtige PMK-rechts nach Geschlecht

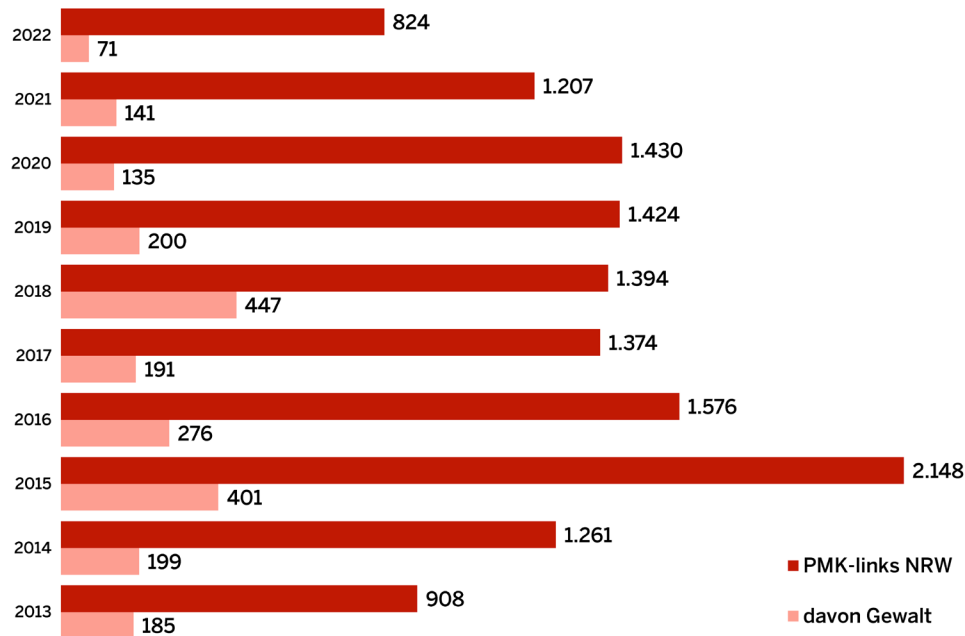


Personenpotenziale bei Reichsbürgern in NRW seit 2019

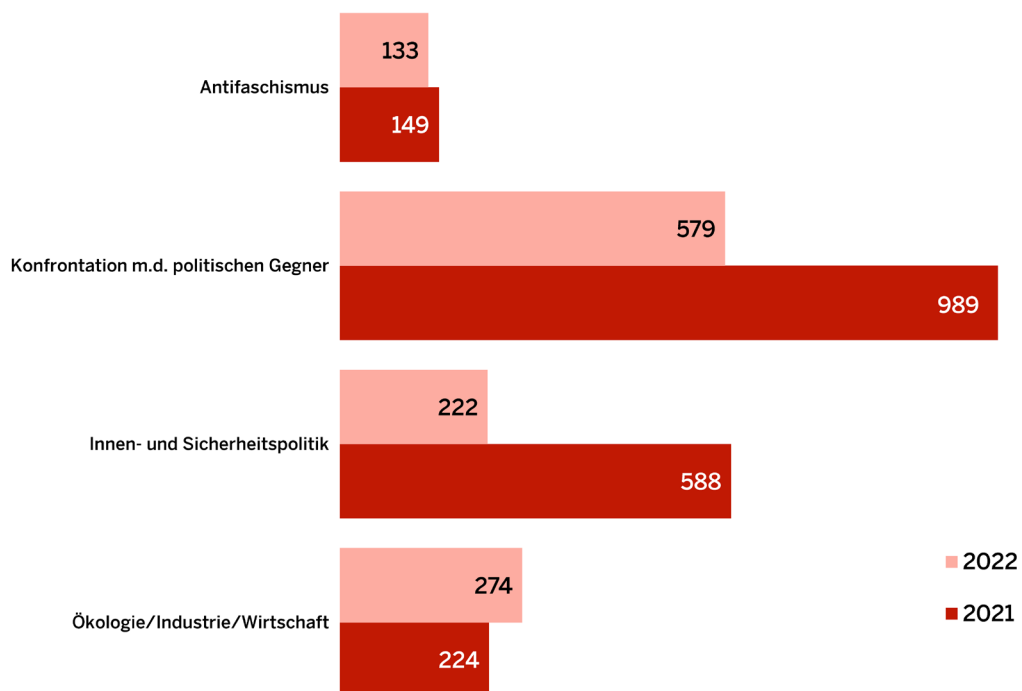


Personenpotenziale im Rechtsextremismus in NRW im 10-Jahres-Vergleich

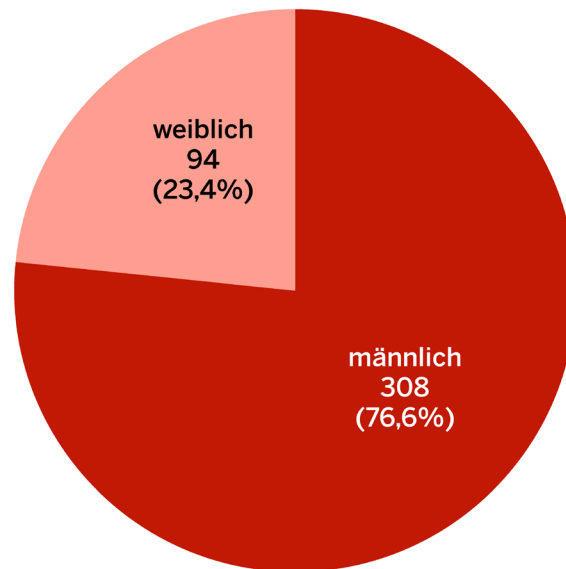
Linksextremismus



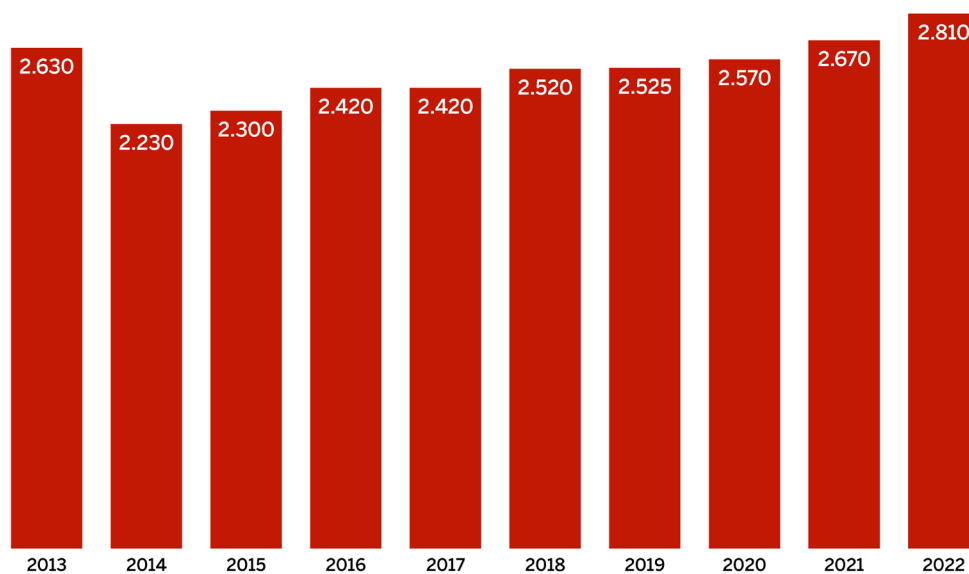
PMK-links und PMK-links-Gewalt NRW im 10-Jahres-Vergleich



Themenfelder der PMK-links (Mehrfachnennungen bei den Oberthemen sind möglich)

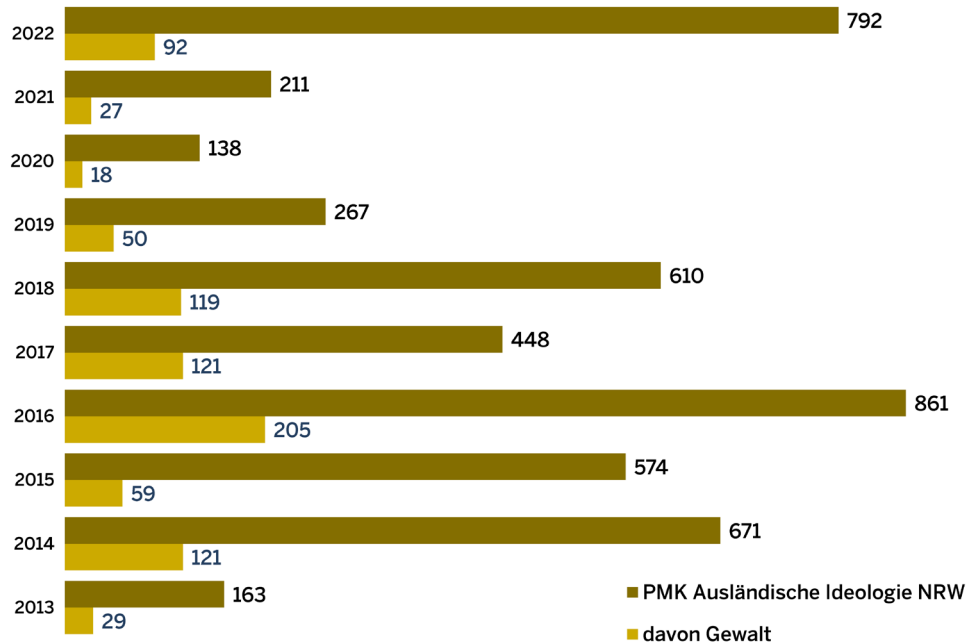


Tatverdächtige PMK-links nach Geschlecht

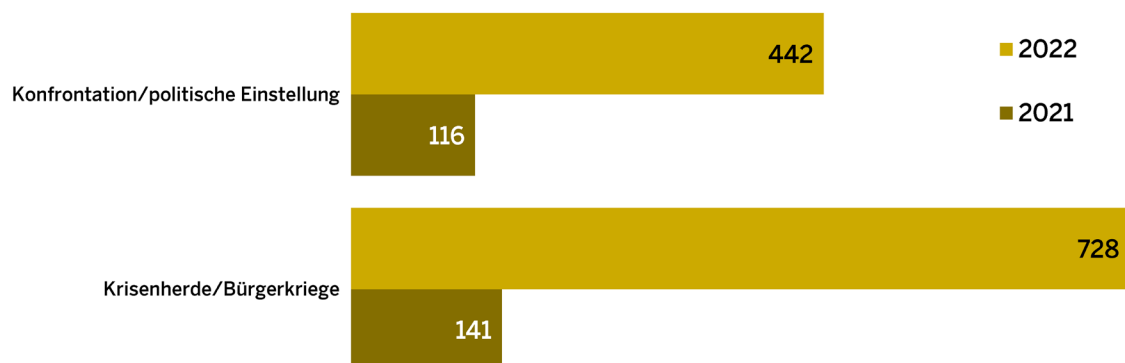


Personenpotenziale im Linksextremismus in NRW im 10-Jahres-Vergleich

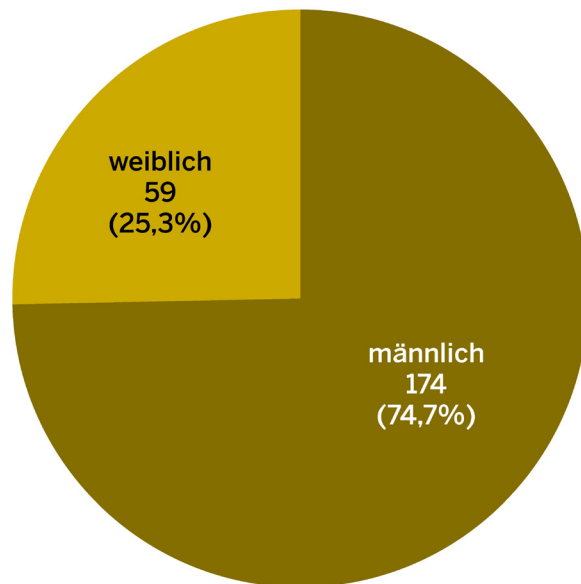
Auslandsbezogener Extremismus



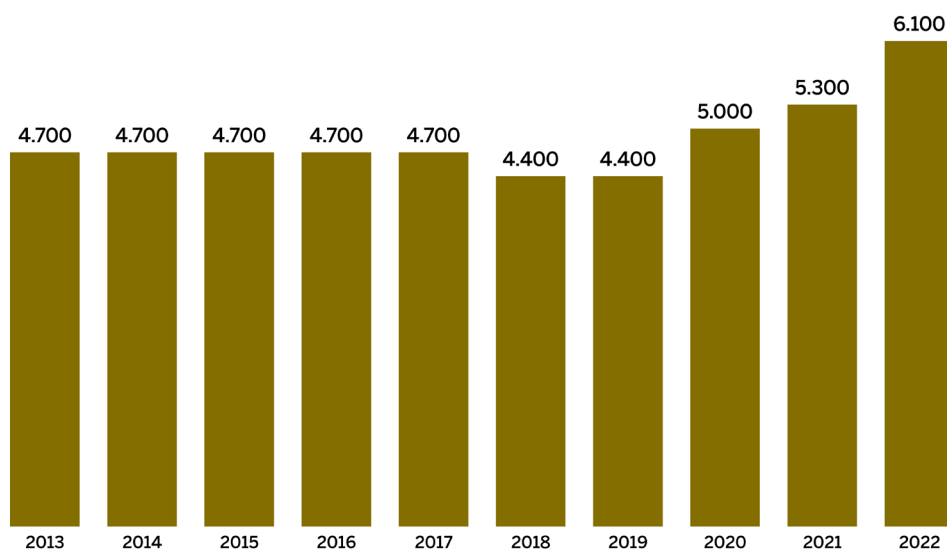
PMK-ausländische Ideologie und PMK-ausländische Ideologie-Gewalt NRW im 10-Jahres-Vergleich



Themenfelder der PMK-ausländische Ideologie (Mehrfachnennungen sind möglich)

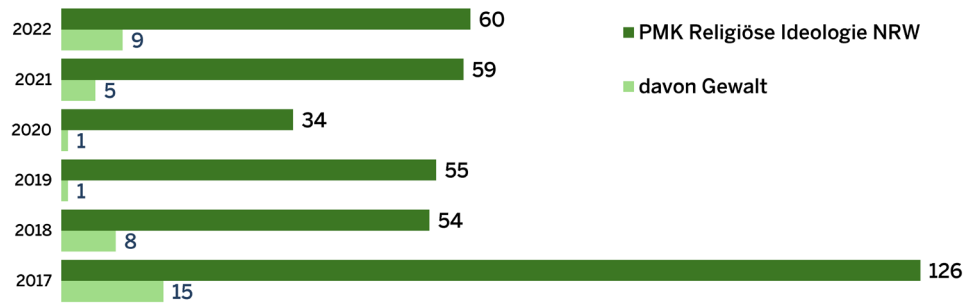


Tatverdächtige PMK-ausländische Ideologie nach Geschlecht

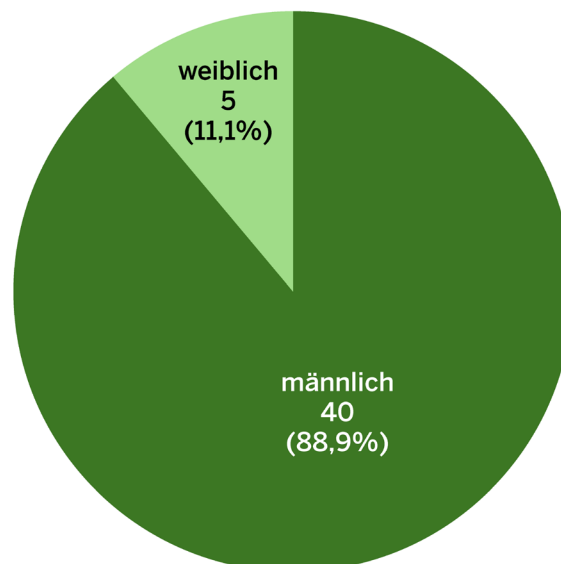


Personenpotenzial im auslandsbezogenen Extremismus in NRW im 10-Jahres-Vergleich

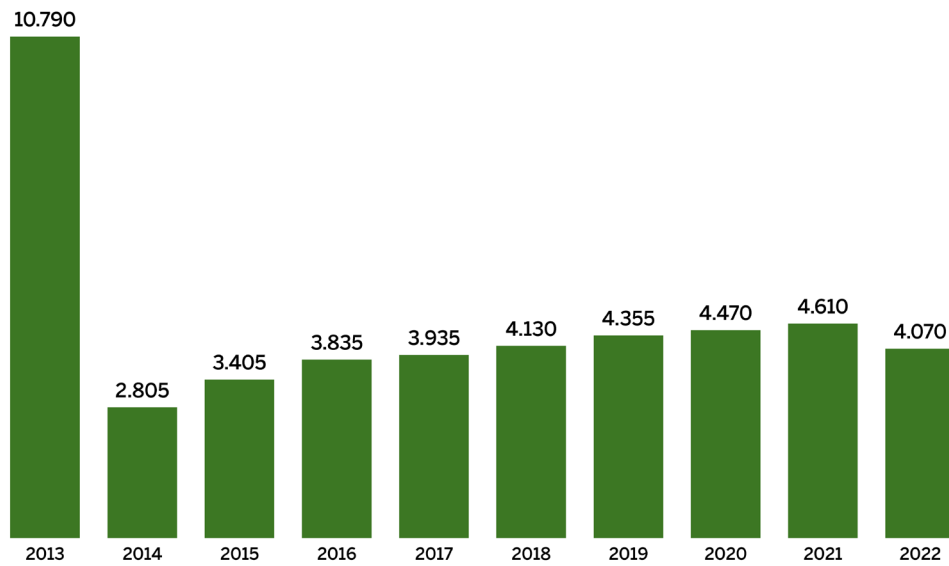
Islamismus/Salafismus



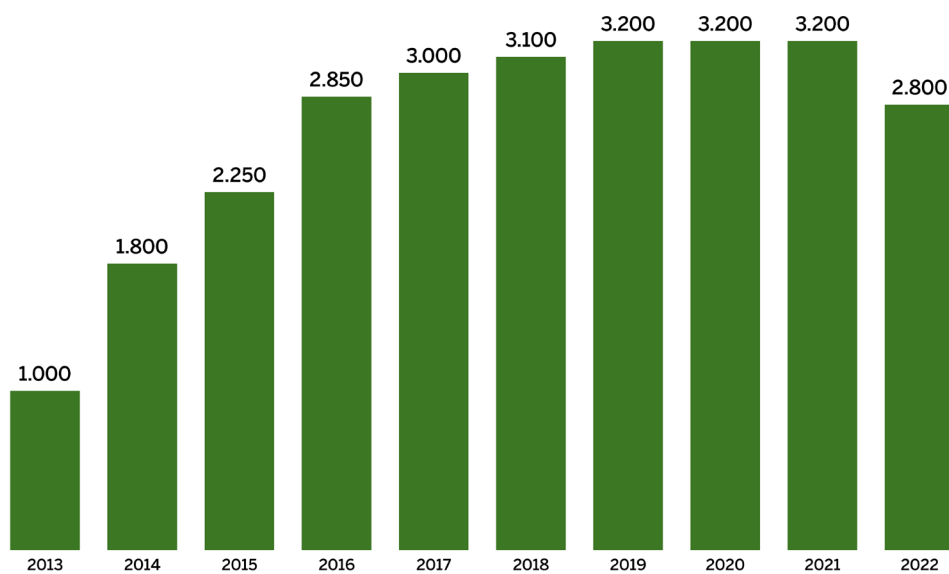
PMK-religiöse Ideologie und PMK-religiöse Ideologie-Gewalt NRW im 6-Jahres-Vergleich



Tatverdächtige PMK-religiöse Ideologie nach Geschlecht



Personenpotenzial im Islamismus in NRW im 10-Jahres-Vergleich



Personenpotenzial im Salafismus in NRW im 10-Jahres-Vergleich

Personenpotenziale in Nordrhein-Westfalen

Die Angaben zu den Parteien und Organisationen umfassen grundsätzlich das gesamte Personenpotenzial. Die Angaben sind gerundet.

Rechtsextremismus	2021	2022
NPD	375	350
Die Rechte	290	270
Der III. Weg	40	40
<i>Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien (völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD), ehemals „Flügel“)</i>	950	950
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen, insbesondere neonazistischen Kameradschaften und Mischszene	1.200	1.150
Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial, insbesondere die Skinhead-Szene	1.520	1.250
abzüglich Doppelzurechnungen*	-500	-465
Gesamt	3.875	3.545
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	2.000	1.900
Reichsbürger und Selbstverwalter	3.400	3.400
Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimie- rung des Staates	300	300

* Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden. Die Mitglieder der Partei Die Rechte werden weiterhin als Neonazis gezählt.

Linksextremismus	2021	2022
Gewaltorientierte Linksextremisten einschl. Autonome und Anarchisten*	1.120	1.260
DKP	800	800
MLPD	750	750
Gesamt	2.670	2.810

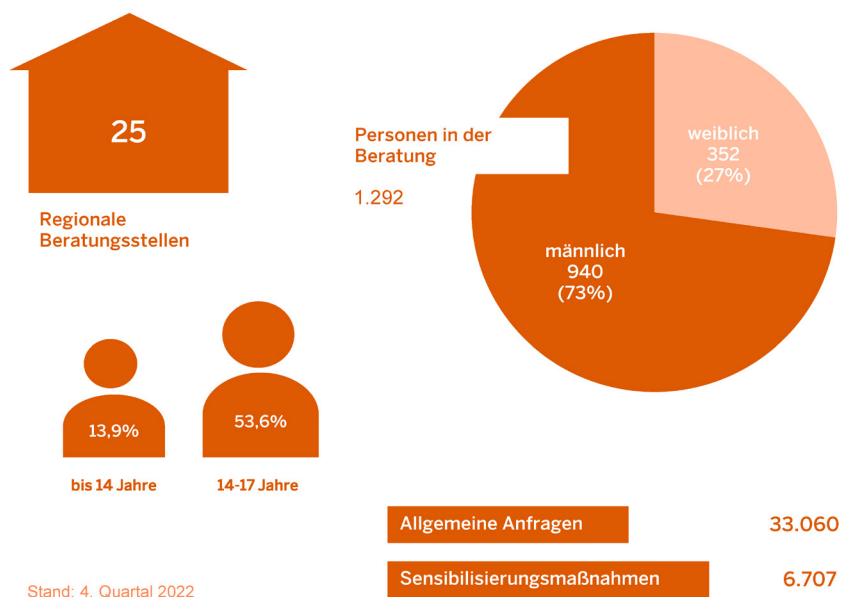
*Gewaltorientierte Anarchisten sind erstmalig ausgewiesen.

Auslandsbezogener Extremismus	2021	2022
ADÜTDF	2.000	2.000
ATIB	600	600
ANF	300	300
Freie Szene der Ülkücü-Bewegung		800
DHKP-C	200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK	2.200	2.200
Gesamt	5.300	6.100

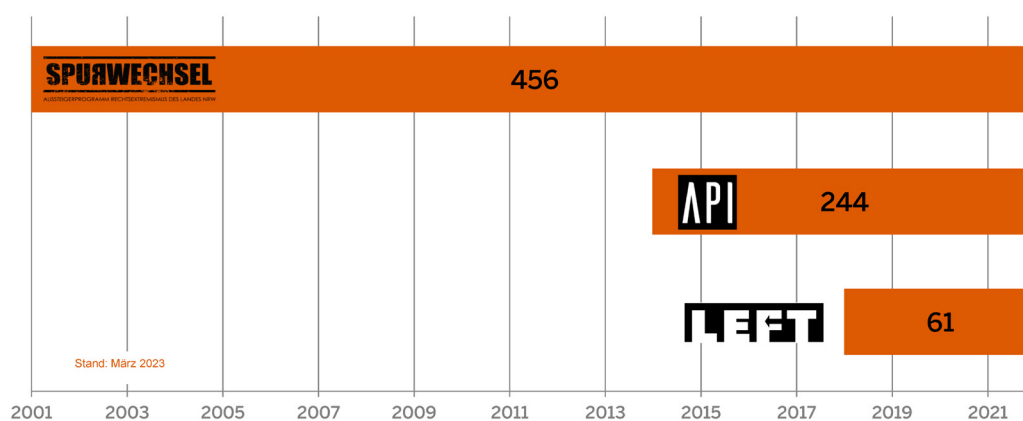
Islamismus	2021	2022
Extremistischer Salafismus	3.200	2.800
davon politisch	2.420	2.200
davon gewaltbereit	780	600
HAMAS	175	150
Hizb Allah	350	350
Hizb ut-Tahrir	100	120
Kalifatsstaat	220	150
Muslimbruderschaft (inkl. HAMAS)	350	270
Milli Görüş-Bewegung (extremistischer Teil)	250	250
Türkische Hizbullah	60	50
Furkan-Gemeinschaft	80	80
abzüglich Doppelzurechnungen*	-175	-150
Gesamt	4.610	4.070

* Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden.

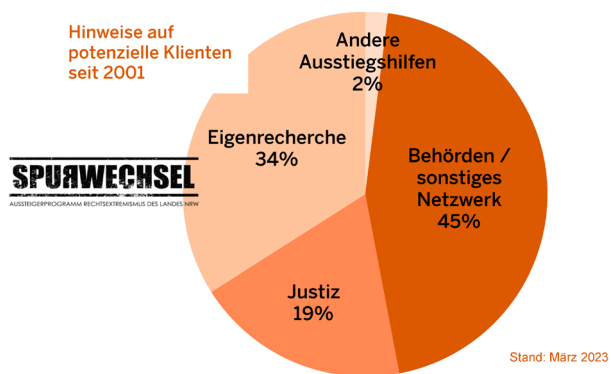
Prävention und Aussteigerprogramme



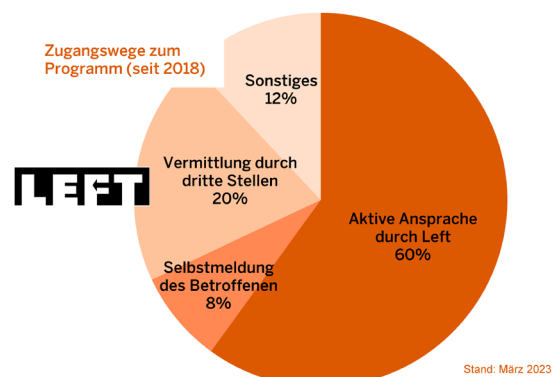
Präventionsprogramm Wegweiser im Überblick seit 2014



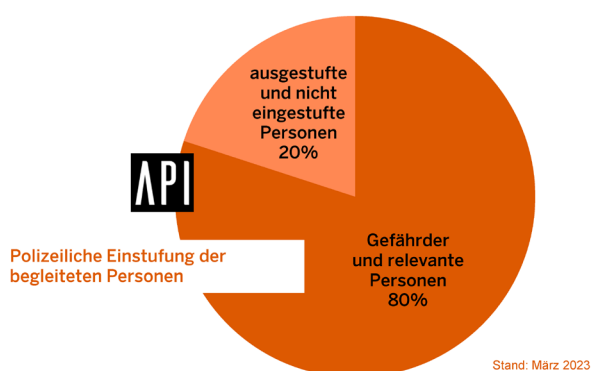
Fallzahlen seit Einrichtung der Aussteigerprogramme



Knapp zwei Drittel der Hinweise auf potenzielle Klienten stammen von Behörden bzw. Netzwerkpartnern



In sechzig Prozent der Fälle hat Left die in das Programm aufgenommenen Personen aktiv angesprochen



Achtzig Prozent der im API begleiteten Personen sind dem Verfassungsschutz als Gefährder oder zumindest relevante Person bekannt

Prävention und Aussteigerprogramme

Jihadi fool bei YouTube http://www.youtube.com/c/jihadifool  	Website zu Leons Identität https://leon.nrw.de/  	Begleitmaterial zu Leons Identität: Unterrichtskonzept für 8. Klassen https://msb.xn--broschren-v9a.nrw/leons-identitaet  
Website Wegweiser https://www.wegweiser.nrw.de/  	Website Spurwechsel https://www.spurwechsel.nrw.de/  	Website API https://www.api.nrw.de/  
Website Prisma https://www.im.nrw/prisma  	Website Left https://www.im.nrw/left  	Website VIR https://www.vir.nrw.de/  

Computerspiel „Leons Identität“

Leons Identität ist ein detektivisches Abenteuerspiel. Spielort ist das Zimmer eines vermissten Jugendlichen namens Leon. Der Spieler schlüpft in die Rolle von Jonas, der sich Sorgen um seinen Bruder Leon macht. Jonas versucht, Spuren und Hinweise zum mysteriösen Verschwinden zu finden. Dabei zeichnet er Leons lang-sames Abdriften in die rechtsextremistische Szene nach.



Download unter leon.nrw.de für alle gängigen Betriebssysteme (Windows, MacOS, Linux) oder über die Spieleplattform Steam. Das Spiel hat eine offizielle Altersfreigabe ab 12 Jahren.

Um den Einsatz in Schulen und Jugendarbeit zu ermöglichen, wurde zu Leons Identität pädagogisches Begleitmaterial entwickelt. Es ist neben der fachlichen Nutzung auch für die Verwendung im Bereich Medienkompetenz empfohlen. Das pädagogische Begleitmaterial steht auf der Website leon.nrw.de und im Broschüren-Service des Ministeriums für Schule und Bildung zum Download bereit.

Video- und Social-Media-Kampagne „Jihadi fool“

Die 75 Videos der Kampagne „Jihadi fool“ sind auf der Plattform YouTube weiterhin online abrufbar.



Mit der Kampagne wendet sich der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz an ein breites Publikum mit einem Schwerpunkt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen und lädt zur Auseinandersetzung mit salafistischer Internetpropaganda und Extremismus ein. Mit Humor und Satire soll Aufmerksamkeit erzielt und mit Hintergrundvideos sensibilisiert werden. Die Videos erklären, woran man Extremismus erkennt, was genau am extremistischen Salafismus beziehungsweise Islamismus problematisch und warum die Demokratie schützenswert ist.

Aktuell arbeitet der Verfassungsschutz daran, dass sich insbesondere die Hintergrundformate für die pädagogische Arbeit beispielsweise an Schulen optimal nutzen lassen.

